

Protokolleintrag vom 22.10.2003

Von Michael Baumer (FDP) ist am 22.10.2003 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Die Stadtkanzlei ist gemäss Geschäftsbericht seit 1999 daran unter dem Namen „e-kos2“ ein Geschäftsverwaltungs- und Archivierungssystem einzuführen. Offenbar ist dies ein Vorprojekt für das Projekt e-2A (Archivierungs- und Workflowsystem), welches der gesamten Stadtverwaltung zugute kommen soll. Es handelt sich somit ein Grossprojekt. Solche Projekte sind in der Informatik mit Risiken behaftet. Eine gewisse Skepsis scheint angebracht, nachdem mit dem Gemeinderatssystem bereits ein Ausläufer des Projekts „e-kos2“ gescheitert ist.

Der Stadtrat wird daher gebeten zu einigen Fragen in diesem Zusammenhang Stellung zu nehmen:

1. Wer hat wann den Start der Projekte beschlossen?
2. Was ist der Projektumfang der Projekte „e-kos2“ und „e-2A“? Insbesondere, welche Verwaltungsabteilungen sollen davon profitieren, welche Dienste sollen damit angeboten werden und welche Abgrenzung ist vorgesehen.
3. Welche Einsparungsmöglichkeiten sieht der Stadtrat durch die Projekte? Wie hoch sind die aufgelaufenen Kosten bisher?
4. Wie ist der Zeitplan der Projekte? Wurde dieser bisher eingehalten? Gibt es eine Etappierung? Wenn ja, welche?
5. Bei wem liegt die Federführung für die Projekte?
6. Durch wen werden die Systeme produziert? Weshalb wurde auf den Kauf von Standardsoftware, wie beispielsweise SAP, verzichtet?
7. Wurden externe Experten zur Erstellung des Pflichtenhefts beigezogen?
8. Wurden die künftigen Anwenderinnen und Anwender beigezogen? Wie stellen sich diese zu den Projekten?
9. Gibt es eine Risikoanalyse? Wenn ja, was sind die Ergebnisse? Wenn nein, weshalb nicht?
10. Wie stellt sich der Stadtrat zur Ansicht von Experten, dass solche „Supersysteme“ meistens sehr kostspielig sind, aber den gewünschten Nutzen nicht erbringen, weil die „beglückten“ Abteilungen jeweils sehr unterschiedliche Anforderungen an ihre Informatik haben?
11. Im konkreten Beispiel des Gemeinderatssystems wurde die Subkommission des Gemeinderats immer wieder vertröstet, der Start hätte schon vor mehr als einem Jahr sein sollen. Abgegebene Zusicherungen wurden mehrfach nicht eingehalten. Ist der Stadtrat in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass das Vorgehen der Stadtverwaltung korrekt war?